



Bundesregierung wird Tacheles nicht übernehmen



Seit Anfang September ist das Kunsthaus Tacheles in Berlin-Mitte Geschichte. Und wird dies wohl auch bleiben – zumindest die Bundesregierung plant nicht, das Grundstück an der Oranienburger Straße zu erwerben. Es gebe keine Gespräche mit den Tacheles-Künstlern, dem Land Berlin, oder potentiellen Käufern des Geländes, heißt es in einer Antwort der Bundesregierung auf eine Linken-Anfrage.

Es sei zwar richtig, daß der größte Teil des Areals in den 90er Jahren der Bundesfinanzverwaltung gehörte. 1996 und 1998 wurde das Gelände an das damalige Unternehmen Fundus verlaßt – den Kaufpreis will die Bundesregierung nicht nennen. Doch dieser Vertrag könne nicht rückabgewickelt, oder Einfluß auf die laufende Zwangsversteigerung genommen werden. Zwar sah der Verkauf ursprünglich die Errichtung von 32.450 m² Wohnfläche und Gewerberaum für 950 Arbeitsplätze vor. Andernfalls drohte eine Vertragsstrafe von 20 Prozent der zugesagten Investitionssumme – doch derartige Ansprüche wurden nicht gestellt, da das Unternehmen ohnehin nicht hätte zahlen können. Für eine Rückabwicklung der Verträge genüge dies jedoch nicht. Zwar hätte das Geschäft für ungültig erklärt werden können, wenn der Investitionsvorrangbescheid widerrufen worden wäre. Darauf wurde jedoch verzichtet.